

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 17. April 1991

am Donnerstag, dem 18. April 1991

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bindig, Rudolf (SPD)	15, 16	Lowack, Ortwin (CDU/CSU)	13, 33
Braband, Jutta (PDS/Linke Liste)	28, 29	Marienfeld, Claire (CDU/CSU)	23
Dr. Brecht, Eberhard (SPD)	47, 48	Mehl, Ulrike (SPD)	40, 46
Brudlewsky, Monika (CDU/CSU)	25, 26	Dr. Meyer zu Bentrup, Reinhard (CDU/CSU) . .	18, 19
Conradi, Peter (SPD)	5, 6	Mosdorf, Siegmар (SPD)	11, 12
Dr. Enkelmann, Dagmar (PDS/Linke Liste)	24	Müller, Albrecht (Pleisweiler) (SPD)	17
Falk, Ilse (CDU/CSU)	9	Paterna, Peter (SPD)	10, 30
Dr. Feige, Klaus-Dieter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 45	Dr. Pick, Eckhart (SPD)	34, 35
Ferner, Elke (SPD)	42, 43	Reddemann, Gerhard (CDU/CSU)	3, 14
Dr. Götte, Rose (SPD)	38, 39	Schreiner, Ottmar (SPD)	27
Großmann, Achim (SPD)	1, 2	Dr. Seifert, Ilja (PDS/Linke Liste)	32
Dr. Hirsch, Burkhard (FDP)	20, 21	Singer, Johannes (SPD)	4, 22
Iwersen, Gabriele (SPD)	31	Steen, Antje-Marie (SPD)	36, 37
Jäger, Claus (CDU/CSU)	7, 8	Westrich, Lydia (SPD)	41

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Senioren	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	10

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

1. Abgeordneter
**Achim
Großmann**
(SPD) Welche Schritte plant das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, um die Frage der Umstellung der steuerlichen Förderung selbstgenutzten Wohneigentums auf Abzug von der Steuerschuld wie angekündigt weiter auf der politischen Tagesordnung zu halten?
2. Abgeordneter
**Achim
Großmann**
(SPD) Wie viele Mittel aus der Förderung des sozialen Wohnungsbaues sind im Jahre 1990 vorzeitig zurückgezahlt worden, und wie viele Wohnungen waren davon betroffen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

3. Abgeordneter
**Gerhard
Reddemann**
(CDU/CSU) In welche Kasse ist der sogenannte Solidaritätsfonds der früheren DDR geflossen, und wie hoch war der im Fondsvermögen enthaltene Betrag?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

4. Abgeordneter
**Johannes
Singer**
(SPD) Was hat die Bundesregierung bisher veranlaßt, um eine Strafbarkeit der Geldwäsche gesetzlich zu begründen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

5. Abgeordneter
**Peter
Conradi**
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, Artikel 3 aus der Verordnung (EWG) Nr. 570/88 der Kommission vom 16. Februar 1988 und der dazugehörigen drei Nachsätze des Bundesministers der Finanzen in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vorzulesen und anschließend in allgemein verständlicher Sprache darzulegen, was Artikel 3 bedeutet?

6. Abgeordneter
**Peter
Conradi**
(SPD)
- Welche Bundesminister haben am Zustandekommen dieser EG-Verordnung mitgewirkt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Senioren

7. Abgeordneter
**Claus
Jäger**
(CDU/CSU)
- Welche PR-Maßnahmen zur Information der Bevölkerung über Menschenwürde und Lebensrecht der ungeborenen Kinder und über die Gesundheitsgefahren einer Abtreibung für Frauen hat die Bundesregierung im Jahre 1990 im einzelnen getroffen, und wie hoch war der finanzielle Aufwand für diese Maßnahmen?
8. Abgeordneter
**Claus
Jäger**
(CDU/CSU)
- Welche wieviel kostenden Maßnahmen der genannten Art sind für das Jahr 1991 geplant, und welche davon sind bereits durchgeführt worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit

9. Abgeordnete
**Ilse
Falk**
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Auskunft geben, in welchem Ausmaß es zur Zeit des Golfkrieges Ankündigungen von deutschen Ärzten gegeben hat, amerikanische Soldaten nach einer möglichen Verletzung im Golfkrieg nicht medizinisch behandeln zu wollen, und liegen der Bundesregierung Informationen vor, ob es Fälle gibt, in denen die betreffende Standesorganisation eine solche Ankündigung einer geplanten Behandlungsverweigerung gerügt oder gar mit Sanktionen wie beispielsweise dem Entzug der Approbation geahndet hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation

10. Abgeordneter
**Peter
Paterna**
(SPD)
- Wird die Bundesregierung die DBP-Telekom veranlassen, die Kritik des Deutschen Städtetages zu beachten und bei der fortschreitenden Digitalisierung der Knoten- und Ortsvermittlungsstellen der kommunalen Gebietsreform entsprechende einheitliche Ortsnetze herzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

11. Abgeordneter
Siegmar Mosdorf
(SPD) Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um die von den alliierten Streitkräften freiwerdenden Grundstücke den Städten und Gemeinden rasch zu finanzierbaren Konditionen zur Verfügung zu stellen?
12. Abgeordneter
Siegmar Mosdorf
(SPD) Welche Initiativen will die Bundesregierung ergreifen, um die Altlasten auf diesen Stationierungsarealen zu sanieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

13. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(CDU/CSU) Treffen Mitteilungen des Bonner General-Anzeigers vom 14. März 1991 zu, wonach „600 Deutsche, Überreste der Honecker'schen ‚Angola-Hilfe‘, für einen funktionierenden MPLA-Geheimdienst und für die notwendigen Kommunikationswege“ sorgen, und ist die Bundesregierung ggf. bereit, dem angesichts der Notwendigkeit einer friedlichen Lösung des Angola-Konflikts ein Ende zu bereiten?
14. Abgeordneter
Gerhard Reddemann
(CDU/CSU) Was geschah mit den bisherigen Mitarbeitern der Herder-Institute der früheren DDR?
15. Abgeordneter
Rudolf Bindig
(SPD) Welche konkreten Schritte – außer der Einbestellung des irakischen Botschafters und Vortragen eines Protestes – hat die Bundesregierung im Rahmen der Vereinten Nationen und der Europäischen Politischen Zusammenarbeit unternommen, um wirksame Schutzmaßnahmen für die von der irakischen Soldateska verfolgten Kurden einzuleiten?
16. Abgeordneter
Rudolf Bindig
(SPD) Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung bilateral sowie über die Gremien des Europarates und der NATO eingeleitet, um die Türkei aufzufordern, den vor den Brutalitäten der irakischen Soldateska fliehenden Kurden in der Türkei den humanitären Schutz und Beistand zu gewähren, wie dieses im Rahmen der „Wertegemeinschaft“ des Europarates und der NATO notwendig und geboten ist?

- | | |
|--|--|
| 17. Abgeordneter
Albrecht
Müller
(Pleisweiler)
(SPD) | Wie weit sind die Verhandlungen über die Korrektur von Truppenstatut und Zusatzabkommen, die im Zusammenhang mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag notwendig sind und die zum Beispiel die Gleichbehandlung der deutschen Zivilbeschäftigten bei den alliierten Streitkräften mit den Beschäftigten bei der Bundeswehr herstellen sollen? |
|--|--|

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|--|--|
| 18. Abgeordneter
Dr. Reinhard
Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU) | Auf welchen Gesamtbetrag beläuft sich die Summe der 13. Monatsgehälter (Weihnachtsgeld) des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers, der Ministerpräsidenten, der Bundes- und Länderminister sowie der Parlamentarischen Staatssekretäre im Jahre 1991? |
| 19. Abgeordneter
Dr. Reinhard
Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, in Abstimmung mit den Ländern dem Parlament einen Gesetzentwurf zuzuleiten, durch den dieser Gesamtbetrag für die Dauer der 12. Legislaturperiode jährlich „als Zeichen der Solidarität zur Finanzierung der Einheit“ zur Verfügung gestellt wird? |
| 20. Abgeordneter
Dr. Burkhard
Hirsch
(FDP) | Sind die Berichte zutreffend, wonach Asylbewerber, die den neuen Bundesländern zugewiesen worden sind, dort teilweise brutalen Übergriffen ausgesetzt waren? |
| 21. Abgeordneter
Dr. Burkhard
Hirsch
(FDP) | Welche Folgerungen will die Bundesregierung daraus ziehen? |
| 22. Abgeordneter
Johannes
Singer
(SPD) | Was hat die Bundesregierung bisher zur Umsetzung des nationalen Drogenbekämpfungsplans unternommen? |
| 23. Abgeordnete
Claire
Marienfeld
(CDU/CSU) | Wie viele Aussiedler sind bisher den neuen Bundesländern zugewiesen worden (absolut/prozentual)? |
| 24. Abgeordnete
Dr. Dagmar
Enkelmann
(PDS/Linke Liste) | Was gedenkt die Bundesministerin für Gesundheit gegen die jetzige Regelung des BAT-Ost zu tun, wonach den Ärzten der neuen Bundesländer bei der Vergütung nicht die volle Dienstzeit angerechnet wird? |

25. Abgeordnete
**Monika
Brudlewsky**
(CDU/CSU)
- Welche Schritte hat die Bundesregierung zur Überprüfung und Offenlegung einer eventuellen Verflechtung der Funktion des Ersten Sekretärs des Bezirks Dresden in der Person des jetzigen PDS-Bundestagsabgeordneten Dr. Hans Modrow mit der Staatssicherheit der ehemaligen DDR unternommen, bzw. ist die Bundesregierung bereit, in Zukunft eine derartige Untersuchung einzuleiten?
26. Abgeordnete
**Monika
Brudlewsky**
(CDU/CSU)
- Zu welchem Ergebnis hat eine etwaige bereits erfolgte Überprüfung geführt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

27. Abgeordneter
**Ottmar
Schreiner**
(SPD)
- Trifft eine Meldung der Saarbrücker Zeitung zu, wonach die Bundesregierung beabsichtigt, die Kohleförderung der Saarbergwerke auf jährlich sieben Millionen Tonnen abzusenken?
28. Abgeordnete
**Jutta
Braband**
(PDS/Linke Liste)
- Hält die Bundesregierung die Aussage des Leiters der Abteilung Energiewirtschaft der PREUSSENELEKTRA auf der Expertenanhörung des hessischen Landtages vom 20./21. Mai 1986 zu Fragen der künftigen Stromversorgung im hessischen Versorgungsgebiet der PREUSSENELEKTRA, „daß der Strom, der mit Wärme gekoppelt erzeugt wird, unschlagbar billig ist“, für zutreffend, und hält die Bundesregierung diese Aussage auf die geplanten Atomkraftwerksneubauten durch die Elektrizitätswirtschaft in Stendal und Greifswald für übertragbar?
29. Abgeordnete
**Jutta
Braband**
(PDS/Linke Liste)
- Stimmt die Bundesregierung der Einschätzung verschiedener Studien zu (Investitionen im Energie- und Umweltbereich, Berlin 1984; Auswirkungen verstärkter Maßnahmen zum rationellen Energieeinsatz auf Umwelt, Beschäftigung und Einkommen, [ISI], Karlsruhe 1983; Beschäftigungseffekte örtlicher Energiekonzepte, Hannover 1984; Neue Arbeitsplätze durch eine alternative Energieversorgung, Bremen 1984), daß die Beschäftigungswirkungen einer auf Energieeinsparung und dezentraler Energiebereitstellung ausgerichteten Energiepolitik deutlich höher anzusetzen sind als die zentralistischer Systeme, und hält die Bundesregierung diese Aussagen auf die geplanten Atomkraftwerksneubauten in Stendal und Greifswald für übertragbar?
30. Abgeordneter
**Peter
Paterna**
(SPD)
- Hat die Bundesregierung die geplante Erhöhung der Ablieferung der DBP-Telekom in Brüssel, insbesondere bei der Generaldirektion 4, auf EG-Konformität prüfen lassen, und wenn ja, mit einem wie begründeten Ergebnis?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

31. Abgeordnete
**Gabriele
Iwersen**
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die nach dem Gesundheits-Reformgesetz ab 1. Januar 1991 vorgesehene Pflegegeldleistung für die Mehrzahl der pflegenden Angehörigen von Behinderten keine zusätzliche Hilfe von 400 DM, wie versprochen, darstellt, sondern daß lediglich eine Verlagerung der Belastung von den Sozialämtern auf die Krankenkassen stattgefunden hat?
32. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(PDS/Linke Liste)
- Was tut die Bundesregierung dafür, daß Bürgerinnen und Bürger im öffentlichen Dienst der ehemaligen DDR, die mit dem Handicap einer (oder mehrerer) Behinderung(en) leben, entsprechend dem Schwerbehindertengesetz der Bundesrepublik Deutschland allen anderen Menschen mit Behinderungen gleichgestellt werden, zumal der Parlamentarische Staatssekretär Seehofer in seiner Antwort vom 11. Dezember 1990 betonte, daß der besondere Kündigungsschutz Schwerbehinderter dabei ohne Änderungen übernommen worden ist (Drucksache 11/8546, S. 26)?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

33. Abgeordneter
**Ortwin
Lowack**
(CDU/CSU)
- Was spricht nach Auffassung der Bundesregierung dagegen, Ungarn und die CSFR mit Waffen und Munition aus den Beständen der NVA zu beliefern, und warum bleiben entsprechende Anforderungen bis heute unbeantwortet?
34. Abgeordneter
**Dr. Eckhart
Pick**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß 24 Piloten u. a. des Marinegeschwaders 1 (Jagel bei Schleswig) im Verdacht stehen, Düsenjets der Bundeswehr zum Transport von Lachs und Schnaps in die Bundesrepublik Deutschland bzw. nach Norwegen vielfach zweckentfremdet genutzt und damit gegen Zoll- und Strafvorschriften verstoßen zu haben?
35. Abgeordneter
**Dr. Eckhart
Pick**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Rechtslage, falls die zuständigen Strafgerichte die Einziehung der Düsenjets als corpora delicti (Mittel zur Begehung einer Straftat) verfügen würden, und wäre damit der Verteidigungsauftrag der Bundeswehr gefährdet?

36. Abgeordnete
Antje-Marie Steen
(SPD) Weshalb und in welcher Höhe werden Tiefflüge in Ostholstein durchgeführt?
37. Abgeordnete
Antje-Marie Steen
(SPD) Werden Überlegungen angestellt, diese Region wegen der besonderen Lage des Vogelschutzgebietes auf Fehmarn von den Tiefflügen auszunehmen, und trifft es zu, daß nach Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Hennig vorgesehen war, in den nächsten vier Jahren keine Tiefflüge über Ostholstein stattfinden zu lassen?
38. Abgeordnete
Dr. Rose Götte
(SPD) In welcher Weise wurde die Bundesregierung über den verstärkten Flugbetrieb von und zum amerikanischen Militärflughafen Ramstein informiert, und wie lange werden insbesondere die seit Monaten in großer Zahl stattfindenden nächtlichen Flugbewegungen andauern?
39. Abgeordnete
Dr. Rose Götte
(SPD) Auf welcher Rechtsgrundlage findet der das Normalmaß weit übersteigende aktuelle Flugbetrieb beim amerikanischen Militärflughafen Ramstein statt, und bedarf es hierzu einer Genehmigung deutscher Behörden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

40. Abgeordnete
Ulrike Mehl
(SPD) Trifft es zu, daß der Vorschlag des BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz e. V.) und des VDC (Verkehrsclub Deutschland), die Einführung des Halbpreispasses für jedermann bei der Deutschen Bundesbahn vorzuschlagen, von Seiten der Deutschen Bundesbahn befürwortet wurde, eine Einführung aber wegen einer abschlägigen Entscheidung des Bundesministeriums für Verkehr nicht stattfand?
41. Abgeordnete
Lydia Westrich
(SPD) Welche Vorgaben gedenkt die Bundesregierung der Deutschen Bundesbahn für deren Tarifgestaltung ab 2. Juni 1991 zu machen, und welche Veränderungen wie z. B. Fahrpreiserhöhungen, Abschaffung der Bezirksmonatskarten, Wegfall familienfreundlicher Angebote sind im einzelnen zu erwarten?
42. Abgeordnete
Elke Ferner
(SPD) Treffen Angaben der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands zu, nach denen an das DB-Güterwagenausbesserungswerk Burbach und das Ausbesserungswerk Kaiserslautern keine Aufträge mehr vergeben werden und – wie

das Beispiel der schrittweisen Verlagerung von Wagen des Typs FC 090 von Kaiserslautern nach Zwickau zeigt – Ausbesserungsaufträge von der Deutschen Bundesbahn bereits jetzt an Ausbesserungswerke der Deutschen Reichsbahn vergeben werden, und seit wann wird diese Verlagerung von Aufträgen von der Deutschen Bundesbahn bereits geplant?

43. Abgeordnete
**Elke
Ferner**
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Standorte wie Saarbrücken-Burbach und Kaiserslautern gegenüber Standorten in Ballungsräumen Vorteile für die Deutsche Bundesbahn hätten, z. B. Abdeckung des südwest- und süddeutschen Raumes oder geringere Konkurrenz mit anderen Unternehmen im Hinblick auf qualifizierte Fachkräfte, und welche Konsequenzen wird die Bundesregierung daraus ziehen?

44. Abgeordneter
**Dr. Klaus-Dieter
Feige**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Auf was begründet sich die Ansicht der Bundesregierung, daß der wirtschaftliche Aufschwung in den neuen Ländern nur auf der Grundlage eines schnellen Ausbaus des Straßenverkehrsnetzes erfolgen kann, und inwieweit läßt sich die dadurch zu erwartende Zunahme des PKW- und LKW-Verkehrs mit den Zielen des Klimaschutzprogramms verbinden, wonach bis zum Jahre 2005, also in 14 Jahren, der CO₂-Ausstoß um 25 bis 30 % gesenkt werden soll?

45. Abgeordneter
**Dr. Klaus-Dieter
Feige**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Absage eines Treffens zwischen dem BUND und dem Bundesministerium für Verkehr, bei dem 50 000 Unterschriften zur Rettung der Alleebäume in Ostdeutschland überreicht werden sollten durch Bundesminister Dr. Krause, der sich offensichtlich von Kritik an dem geplanten Straßenbau-Beschleunigungsgesetz getroffen fühlt, und inwieweit teilt sie die Auffassung, daß dies ein Ausdruck von schlechter politischer Kultur ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

46. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß für den Handel mit Tierarten, die unter das Washingtoner Artenschutzübereinkommen fallen, eine Ausfuhrgenehmigung des exportierenden Landes ausreicht und eine Einfuhrgenehmigung des importierenden Landes damit nicht nötig ist?

- | | |
|--|---|
| <p>47. Abgeordneter
Dr. Eberhard
Brecht
(SPD)</p> | <p>Sind der Bundesregierung Pläne bekannt, in den Kali-Stollen bei Bernburg/Sachsen-Anhalt eine Untertageponie einzurichten?</p> |
| <p>48. Abgeordneter
Dr. Eberhard
Brecht
(SPD)</p> | <p>Welche Standorte kommen nach Auffassung der Bundesregierung für die von ihr im „Aktionsprogramm Ökologischer Aufbau“ des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit für erforderlich gehaltenen zwei bis drei Untertageponien in Frage?</p> |

Bonn, den 12. April 1991

